



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

09/2016 – 24.06.2016

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

heute ist eine weitere Sitzungswoche des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, in welcher wir uns insbesondere mit dem Votum Großbritanniens bezüglich der Frage nach einem Verbleib oder dem Austritt aus der EU auseinandergesetzt haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie beispielsweise zur Verlängerung zweier Bundeswehrmandate lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Entscheidung für „Brexit“ ist enttäuschend



(© Bundesregierung)

Zum Ende der Sitzungswoche hat uns die Nachricht erreicht, dass die Briten für einen **Austritt aus der Europäischen Union** gestimmt haben. Laut vorläufigem amtlichen Endergebnis stimmten 51,9 Prozent der Briten für den Austritt aus der EU.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Entscheidung mit großer Enttäuschung aufgenommen. Unser

Fraktionsvorsitzender Volker Kauder hat von einem Rückschlag für das geeinte Europa gesprochen, gleichzeitig aber betont, dass gerade jetzt alles dafür getan werden muss, das Vertrauen in die Europäische Union zu festigen – in den anderen Mitgliedsstaaten, aber auch in Deutschland. Trotz der Enttäuschung muss sich Europa auf den Weg machen und seine Aufgaben lösen.

In einer Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde zudem betont, dass die EU nicht perfekt, aber der Garant für Frieden und Wohlstand sei – vor allem auch für uns Deutsche. Niemand darf sich der Illusion hingeben, dass durch ein Zurück zu den Nationalstaaten für die Bürger unter dem Strich irgendetwas besser werden würde.

Wir müssen den Blick nun nach vorne richten und ruhig und besonnen nachdenken, wie sich die EU weiterentwickeln soll. Zwingend notwendig ist dabei, dass sich alle verbleibenden EU-Mitgliedsländer stärker zum gemeinsamen Europa bekennen und dringend eine gemeinsame Antwort auf Fragen wie die Flüchtlingsbewegungen in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten finden müssen.

Der Bundestag wird in der kommenden sitzungsfreien Woche zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um ausführlich über die Lage und das weitere Vorgehen zu beraten.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Bundeswehr / Michael Mandt)

Im Verlauf der Sitzungswoche haben wir der **Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR)** zugestimmt. Der 1999 begonnene Einsatz hat zu einer zunehmenden Befriedung der Lage in der unruhigen Region geführt. Allerdings bleibt ein Eskalationspotenzial insbesondere im kosovo-serbisch dominierten Norden des Kosovo bestehen.

In Anbetracht der stabilen Lage soll die Personalobergrenze dabei jedoch von 1.850 auf 1.350 einsetzbare Soldaten abgesenkt werden.

Ebenso fortgesetzt wird die **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL)**. Die Mission ist für die Stabilität im Nahen Osten von großer Bedeutung, während die Region durch den Syrien-Konflikt und die IS-Terrormilizen zusätzlich destabilisiert wird. Unser Einsatz gilt dem Fähigkeitsaufbau der libanesischen Marine, um diese in die Lage zu versetzen, die eigene Seegrenze zu überwachen und zu schützen.

Zudem haben wir in erster Lesung das **Erneuerbare-Energien-Gesetz 2016** diskutiert, welches das Fördersystem für erneuerbare Energien schrittweise auf Ausschreibungen umstellen und somit marktwirtschaftlicher machen soll. Durch die Einführung eines wettbewerblichen Systems integrieren wir die erneuerbaren Energien dabei besser in den Markt und senken die Kosten für deren Ausbau, die seit Jahren eine erhebliche, steigende Last für die Stromkunden darstellen. Anlagen unter 750 Kilowatt bleiben von der Umstellung ausgenommen, ebenso Biomasseanlagen unter 150 Kilowatt sowie Wasserkraft und Geothermie. An dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Anteil von 40 bis 45 Prozent erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2025 halten wir fest. Ein jährlich festgelegter, nach Technologien differenzierter Zubau soll dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Gleichzeitig bremsen wir den übermäßigen Ausbau von Windenergie an Land durch Verschärfung des sogenannten atmenden Deckels.

Daten und Fakten

Beschäftigungsrekord erwartet. Die Zahl der Beschäftigten soll nach Prognosen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in diesem Jahr zum elften Mal in Folge steigen und damit den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreichen. Grund dafür ist die hohe Binnennachfrage. 130.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen dabei vor allem unternehmensbezogene Dienstleister wie etwa Forschungseinrichtungen, Architekturbüros oder Rechts- und Steuerberatungen. Unternehmen aus Handel, Verkehr und Gastgewerbe planen 120.000 neue Stellen, ebenso Gesundheits- und Bildungsdienstleister wie ambulante Pflegedienste oder Sprachschulen. Im Baugewerbe rechnet man bei 35.000 neuen Arbeitsplätzen mit dem stärksten Zuwachs seit vier Jahren. Auch in der Industrie (25.000), bei sonstigen Dienstleistern (25.000) sowie Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (15.000) rechnet man mit Neueinstellungen. Problematisch für viele Branchen ist der Fachkräftemangel, ohne den der Personalaufbau sogar noch stärker ausfallen könnte.
(Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag)

Weniger Streiktage. Nach dem mit rund 2 Millionen Streiktagen ungewöhnlich intensiven Jahr 2015 zeichnet sich nach den ersten sechs Monaten für 2016 ein deutlich geringeres Streikvolumen ab. Das gab das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung bekannt. Im ersten Halbjahr waren nach dessen Schätzung bisher rund 405.000 streikbedingte Ausfalltage zu verzeichnen. Insgesamt wird für das gesamte Jahr 2016 mit höchstens 500.000 Streiktagen gerechnet. Für die hohe Zahl an Streiktagen im vergangenen Jahr waren vor allem große, über Wochen andauernde Arbeitsniederlegungen, die in diesem Jahr bislang ausblieben. Die Beteiligung an Streiks und insbesondere Warnstreiks blieb jedoch unverändert hoch. Im ersten Halbjahr 2016 legten nach Gewerkschaftsangaben rund eine Million Beschäftigte zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Arbeit nieder. Dies sind in etwa so viele wie im gesamten Vorjahr.
(Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Bundesregierung
Seite 3 – Bundeswehr / Michael Mandt